BUNDjugend

A2

Antrag

Initiator*innen: Feli Graubner (task force Frieden und Sicherheit), Simon Käsbach (task force Frieden und Sicherheit), Marvin Best (task force Frieden und Sicherheit)

Titel: **Broschüre Klima, Umwelt und (inter-)nationaler Sicherheit**

Antragstext

Die Bundesjugendversammlung beauftragt die Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit der task force zur Erstellung einer Informationsbroschüre zum Zusammenhang von Klima, Umwelt und(inter-)nationaler Sicherheit sowie zur Aufbereitung der darin gesammelten Informationen für die sozialen Medien. Die Broschüre soll jugendgerecht gestaltet und formuliert werden und dabei der Komplexität der Themen gerecht werden.

Ziel der Broschüre soll es sein, das Narrativ “Umweltschutz vs. Sicherheit” zu widerlegen. Außerdem soll durch das Aufdecken militärischer Scheinlösungen der Blick auf die dahinterstehenden gesellschaftlichen Missstände gerichtet werden, um so den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Letztlich soll die Publikation unseren Aktiven inhaltlich fundierte Argumente zu diesen schwierigen Themen bereitstellen. Die Broschüre soll unseren Verband im Sicherheitsdiskurs sprechfähiger machen.

Erläuterung:

Auf der Bundesjugendversammlung 2025 wurde eine task force damit beauftragt, sich differenziert mit “Krieg und Frieden in der aktuellen geopolitischen Lage” auseinanderzusetzen. In dieser task force wurden in Folge dessen zu folgenden Themen gearbeitet:

• Die Rolle von Natur in geopolitischen Konflikten

• Die Auswirkungen von Krieg auf Umwelt und Klima

• Soziale Gerechtigkeit in Krisen/Kriegen

• Die Auswirkung von Ressourcenkonflikten auf die internationale Sicherheit

• Die Vereinbarkeit von Aufrüstung und Umwelt- bzw. Klimaschutz

In der task force haben Mitglieder des Bundesvorstandes, des Wissenschaftlichen Beirats, AK-Mitglieder sowie an dem Diskurs interessierte Aktive gearbeitet. Sie schlägt vor, die genannten Themen so niedrigschwellig wie möglich in einer Broschüre für die Öffentlichkeit aufzubereiten. Der finanzielle Aufwand wird auf 2500€ geschätzt, die höchst wahrscheinlich im Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 2025 eingestellt sind. Der Beschluss gilt unter Vorbehalt dessen, dass diese Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen.